

# Die Kernbotschaft

**unseres  
Programms ist:**

# Steuerentlastung

Bundesverkehrsminister  
Matthias Wissmann und  
wirtschaftspolitischer Sprecher  
des CDU-Bundesvorstands  
stellte am 16. April die  
Schwerpunkte der  
CDU-Wirtschaftspolitik vor

## I. Trendwende am Arbeitsmarkt

Die Signale am Arbeitsmarkt sind wieder positiv. Erstmals seit dem Sommer 1995 ist in den ersten Monaten des Jahres 1998 die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Insbesondere in den exportorientierten Industriezweigen steigt die Zahl der Arbeitsplätze. 25.000 Arbeitsplätze wurden seit Anfang 1997 in der Automobilindustrie geschaffen, in der Metall- und Elektronikindustrie 30.000 seit Mai 1997. Fortgesetzt hat sich der Beschäftigungsaufbau auch im zukunftssträchtigen Dienstleistungsbereich. Zwischen 1991 und 1997 wurden in Dienstleistungsunternehmen (ohne Handel und Verkehr) knapp 1,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Die größten Probleme am Arbeitsmarkt zeigen sich nach wie vor in den neuen Ländern. Aber auch hier sprechen erste Zeichen für ein baldiges Ende des Abwärtstrends.

- ▶ Bereits heute steht fest: **Zum erstenmal seit vier Jahren wird die Arbeitslosenzahl im Verlauf des Jahres sinken.** Sie wird am Jahresende 1998 spürbar niedriger sein als Ende 1997. Dies wird von den **positiven gesamtwirtschaftlichen Perspektiven** gestützt:
- ▶ Wir erwarten 1998 ein Wirtschaftswachstum in ganz Deutschland von 2,5 bis 3 Prozent.
- ▶ 1997 wurde im vierten Jahr hintereinander ein Exportrekord erzielt. Die Exporte werden dieses Jahr weiter ansteigen.
- ▶ Deutschland hat seine Position als Innovationsstandort erfolgreich ausgebaut: Die Bundesrepublik steht wieder auf Rang 1 bei Weltmarkt-Patenten, ist wieder Weltmarktführer beim Handel mit Gütern mit höherwertiger Technik und nimmt einen Spitzenplatz im Welthandel mit Umweltschutzgütern ein.

Die Währungsunion löst eine wirtschaftliche Dynamik aus, die vor allem der Exportwirtschaft zugute kommt.

## II. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Die von Ludwig Erhard durchgesetzte Soziale Marktwirtschaft bietet die einzigartige Chance, unserem Land in ständigem Wettbewerb um die besten Lösungen auch

künftig einen Spitzenplatz in der Welt zu sichern. Sie ist die einzige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Wettbewerb mit Freiheit und sozialem Ausgleich verbindet. Mit einer Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft können wir auch die ökologischen Herausforderungen am besten meistern. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine offene Wirtschaftsordnung, die eine ständige Anpassung an die sich verändernden Rahmenbedingungen erfordert. Dem wollen wir uns aktiv stellen:

**1. Für uns ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die alles überragende Aufgabe der nächsten Jahre.** Internationale Erfahrungen zeigen: Hohe Arbeitslosigkeit ist auch im Zeitalter der Globalisierung und bei rasantem technischen Fortschritt kein unausweichliches Schicksal. Zwischen 1970 und heute sind allein in den Industrieländern 110 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze entstanden.

Wir haben bewiesen, daß es auch in Deutschland möglich ist, durch geeignete ordnungspolitische Rahmenbedingungen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen: Von 1983 bis 1992 sind in den alten Bundesländern mehr als 3 Mio. neue Arbeitsplätze entstanden. Nur so war es möglich, auch die große Zahl von Zuwanderern aufzunehmen und die steigende Zahl arbeitssuchender Frauen in das Erwerbsleben zu integrieren. Insgesamt arbeiten heute in Deutschland rd. 34 Millionen Menschen.

Eine besondere Rolle muß die Ordnungspolitik für kleine und mittlere Unternehmen spielen. In Westdeutschland sind in den kleineren und mittleren Betrieben zwischen 1987 und 1996 rd. 2 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen worden, während in Großunternehmen in diesem Zeitraum 500.000 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Insgesamt arbeiten fast 20 Mio. Arbeitnehmer in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern. Damit ist der Mittelstand in Deutschland der größte Arbeitgeber! Ihn müssen wir daher besonders fördern. Die Belange des Mittelstandes müssen bei allen wirtschafts-, sozial-, finanz- und steuerpolitischen Entscheidungen sowie in der Tarifpolitik besondere Beachtung finden.

**2. Unser Reformkurs für die Zukunft lautet: Aufschwung voranbringen – Vorfahrt für Arbeitsplätze, insbesondere**

- ▶ Vorfahrt für Neueinstellungen statt Überstunden,
- ▶ Vorfahrt für Beschäftigung statt Bremsen für Einsteiger,
- ▶ Vorfahrt für neue Berufe statt Überregulierung und staatlichem Dirigismus.

Wir sind überzeugt, daß die **Schaffung neuer Arbeitsplätze** in erster Linie eine **Aufgabe der Wirtschaftspolitik und nicht der Sozialpolitik** ist. Neue Arbeitsplätze entstehen nicht durch Sozialtransfers, sondern erfordern investitionsfreundliche Rahmenbedingungen.

**3.** Die Trendwende am Arbeitsmarkt zeigt: Die konjunkturellen Auftriebskräfte gewinnen die Oberhand, der wirtschaftspolitische Reformkurs der Bundesregierung beginnt zu greifen. Jetzt beginnt sich auszuzahlen, daß wir auf breiter Front Reformen für Wachstum und Arbeitsplätze gegen teils erbitterten Widerstand von Rot-Grün durchgesetzt haben. Die Weichen für den Wirtschaftsaufschwung und für neue Arbeitsplätze sind daher bereits jetzt gut gestellt:

- ▶ Abschaffung von Gewerbesteuer- und Vermögensteuer, Senkung des Solidaritätszuschlags um 2-Prozent-Punkte, Neuregelung von Erbschaft- und Schenkungsteuer,
- ▶ Entlastung der Lohnzusatzkosten durch Gesundheitsreform, Rentenreform und Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- ▶ Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch Erleichterungen beim Kündigungsschutzgesetz, bei befristeten Arbeitsverträgen, bei der Gewährung von Einarbeitungszuschüssen und den Möglichkeiten zu Eingliederungsverträgen,
- ▶ Marktöffnungen und Privatisierung in den Schlüsselsektoren: Post- und Telekommunikation, Energiewirtschaft, Bahn und Luftverkehr,
- ▶ Beseitigung von Investitionshemmnissen durch Vereinfachung und Beschleunigung bei Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- ▶ Verbesserung der Investitionsbedingungen im Wohnungsbau und Stärkung der Verkehrsinfrastruktur,
- ▶ Neuausrichtung von Bildung und Forschung auf Innovationen,
- ▶ Verbesserung der Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital und Förderung von Existenzgründungen.

**4.** Noch wichtiger als die richtigen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen ist deren konsequentes Festhalten an einer Politik, die auf Mut zum Risiko, Bereitschaft zur Veränderung und Flexibilität setzt, hat entscheidend zu einem grundlegenden Stimmungswandel in der Bevölkerung beigetragen.

Auf breiter Front wächst in Deutschland die Bereitschaft, sich dem rasanten internationalen Strukturwandel offensiv zu stellen. Das Aufblühen einer breitgestreuten Aktienkultur in Deutschland und die Erfolge junger, mittelständischer Unternehmen an den deutschen Börsen wären ohne die Privatisierung der Telekom und der Lufthansa, die größten Börsengänge in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sowie ohne unsere Förderprogramme für junge Technologieunternehmen nicht denkbar.

Dank unserer technologischen Innovationsanstrengungen hat sich die Zahl der Biotechnologieunternehmen von 1995 bis 1997 vervierfacht. Die Haltung der Menschen in Deutschland zu neuen Technologien ist positiv. Die Mehrheit sieht z. B. in der Gentechnologie große Zukunftschancen. Das Volksbegehren gegen den Transrapid in Brandenburg ist gescheitert.

Auch die Tarifparteien haben durch ihren beschäftigungsorientierten Kurs einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder attraktiver zu machen.

Dies alles zeigt: **Trotz rot-grüner Blockadepolitik**, etwa gegen die Steuerreform oder gegen neue Technologien wie z. B. den Transrapid, **kann vom Reformstillstand in Deutschland keine Rede sein**. Wirtschaftspolitik braucht einen langen Atem!

**5.** Auf diese Erfolge sind wir stolz. Sie dürfen nicht durch eine kurzsichtige, unverantwortliche Politik der Reformverweigerung wieder zunichte gemacht werden. Unser Land darf nicht projekt- und investitionsunfähig werden. Wer – wie PDS, SPD und Grüne – nahezu jede Projektentscheidung in der Wirtschafts- und Energiepolitik, in der Verkehrs- und Umweltpolitik und in der Technologie- und Innovationspolitik zu einer langwierigen Grundsatzdiskussion verkommen läßt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und gefährdet Arbeitsplätze.

**6.** Der internationale Wettbewerb um Standorte, Kapital und Arbeitsplätze wird weltweit immer härter. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor der Aufgabe, Deutschland auf diese tiefgreifenden Veränderungen vorzubereiten.

Wir müssen unser Land in einer Zeit der zunehmenden Globalisierung fit machen. Die Globalisierung darf und muß uns keine Angst machen. Die fortschreitende Globalisierung verbindet Länder und Kontinente wirtschaftlich und politisch immer enger. Die europäische Einigung unter dem Dach der künftigen Gemeinschaftswährung, die anstehende EU-Osterweiterung, die Deutsche Einheit, das Zusammenwachsen von Märkten und das Aufkommen neuer Technologien auf dem Weg zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft eröffnen unserem Land hervorragende Zukunftschancen.

Beschäftigung erhöhen heißt deshalb für uns, diese Chancen aktiv und selbstbewußt annehmen, ohne die Menschen zu überfordern. Daher müssen Auswüchse der Globalisierung, wie wir sie bei der Asienkrise erlebt haben, auf Dauer durch die Schaffung einer verbindlichen internationalen Wettbewerbsordnung ordnungspolitisch bekämpft werden. Wir müssen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern allerdings auch klar machen, daß wir nicht auf halbem Weg stehen bleiben können. Wir müssen unbewegliche Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft noch weiter aufbrechen. Dabei wird nicht nur der Bessere gegenüber den Schlechteren, sondern auch der Schnellere gegenüber den Langsamen Erfolg haben.

Angesichts des harten internationalen Konkurrenzdrucks führt der Weg zur Beschäftigung nur über die Bewältigung des Strukturwandels. **Neue Beschäftigungsfelder werden im marktwirtschaftlichen Wettbewerb gewonnen oder verloren.** Deutschland steht jetzt vor der Entscheidung: Fortschritt oder Stillstand, Zukunft oder Rückfall, Aufstieg oder Abstieg.

Unser Kurs ist klar: konsequente Fortsetzung des Reformkurses für mehr Arbeitsplätze, für mehr Wirtschaftswachstum, für soziale Gerechtigkeit und für wachsenden Wohlstand.

Deshalb kämpfen wir für eine klare Mehrheit. Unser Ziel ist ehrgeizig, aber erreichbar: Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird im kommenden Jahrtausend zur „Job-Maschine“.

### III. Politik für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Unsere Reformvorschläge sind ein Gesamtkonzept für mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Deutschland. Der Schlüssel, um die vielfältigen Chancen des 21. Jahrhunderts für mehr Arbeitsplätze, steigende Einkommen und wachsenden Wohlstand nutzen zu können, liegt in der ständigen Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nur mit einer konsequenten Modernisierungspolitik werden wir von den Chancen der europäischen Währungsunion für Deutschland wirklich profitieren.

Unser Ziel erreichen wir indes nur, wenn alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam daran arbeiten.

#### 1. Steuern senken für mehr Arbeitsplätze

Wir brauchen die große Steuerreform mehr denn je. **Sie ist das Kernstück unserer Reformpolitik.** Ohne sie wird Deutschland den Kampf um Arbeitsplätze und Investitionen im internationalen Wettbewerb verlieren. Wir werden deshalb alles daran setzen, politische Mehrheiten dafür zu gewinnen, daß die Reform der Einkommen- und Unternehmensbesteuerung unmittelbar nach der Bundestagswahl so schnell wie möglich in Kraft treten kann.

Im Interesse der Schaffung neuer Arbeitsplätze hat die Steuerentlastung aller Einkommensgruppen bei Lohn- und Einkommensteuer jetzt absoluten Vorrang in einer Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Deutschland ist weltweit Vorreiter bei der Verminderung des klimaschädlichen Kohlendioxids. Unsere nationalen Maßnahmen machen jedoch auf Dauer nur Sinn, wenn wir auch in Europa weitere Fortschritte erzielen. Wir werden alles daran setzen, daß wir in Europa zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Erforderlich ist eine harmonisierte Regelung der Energiebesteuerung in Europa, die für Deutschland keine Wettbewerbsnachteile bringt.

Nationale Alleingänge kommen für die CDU nicht in Frage, weil sie unsere Wirtschaft einseitig belasten, ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen und damit Arbeitsplätze in Deutschland vernichten würden. Mit der CDU wird es keine nationale Ökosteuer geben.

SPD und Grüne setzen auf Sozialneid statt auf Leistungsgerechtigkeit. Sie haben im Bundesrat das Inkrafttreten der großen Steuerreform immer wieder verhindert. Durch diese unverantwortliche Politik verliert Deutschland wertvollste Zeit – zum Schaden von Investitionen und Arbeitsplätzen, auf dem Rücken aller Steuerzahler und zu Lasten der Arbeitslosen.

Wir werden die große Steuerreform verwirklichen und an **drei Zielen** ausrichten:

- **Senkung des Eingangssteuersatzes** von 25,9 Prozent auf 15 Prozent **und des Spitzensteuersatzes** von 53 Prozent auf 39 Prozent; Senkung des Spitzensteuersatzes für Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit von 47 Prozent auf 35 Prozent; Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent auf ausgeschüttete und auf 35 Prozent auf einbehaltene Gewinne. Ziel: **Nettoentlastung schrittweise um 30 Mrd. DM**, um Investitionsspielräume zu erweitern, Kaufkraft zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei geht es um eine Entlastung aller Einkommensgruppen und nicht um eine Umverteilung zu Lasten von Investitionen und Arbeitsplätzen.
- Durch die **weitgehende Abschaffung von Sonderregelungen**, eine breitere Besteuerungsgrundlage und verbesserte Steuermoral werden wir die Steuerreform solide finanzieren und zugleich zu einer **gerechteren Besteuerung** insgesamt kommen.
- Unser Steuersystem soll klar und verständlich sein und von allen Bürgern akzeptiert werden. Dies nimmt zugleich den Anreiz zu unsolidarischer Steuerflucht und Schwarzarbeit.

## 2. Arbeitskosten verringern – netto mehr verdienen

Wir werden die **sozialen Sicherungssysteme weiter reformieren** und auch künftig auf eine solide Grundlage stellen. Angesichts der demographischen Entwicklung nimmt das Mißverhältnis zwischen Rentnern und damit Leistungsempfängern und Jüngeren und damit Beitragszahlern immer weiter zu. Die Rechnung, daß nur 30 Jahre Erwerbsarbeit ausreichen, um 50 Jahre Bildung, Ausbildung und Rente zu finanzieren, kann nicht aufgehen.

Zugleich wird die finanzielle Grundlage der sozialen Sicherung durch die hohe Arbeitslosigkeit und das zunehmende Ausweichen in beitragsfreie Formen der Beschäftigung weiter geschwächt, so daß auch hierdurch die Beiträge steigen. Umgekehrt bedeuten immer höhere Beitragssätze immer weniger Geld in den Taschen der Bürger und steigende Personalzusatzkosten für die Unternehmen. Die Folgen sind Flucht in Schwarzarbeit, Produktionsverlagerungen ins Ausland und Personalabbau. Leidtragende sind wir alle: Steuer- und Beitragszahler und Arbeitslose.

Diesen wirtschaftlichen Teufelskreis werden wir energisch und konsequent aufbrechen. **Wir wollen, daß die Sozialabgabenquote innerhalb der nächsten Legislaturperiode wieder auf unter 40 Prozent sinkt.** Die Menschen müssen wieder netto mehr von ihrem Einkommen in der Tasche behalten. Das wird auch die Binnennachfrage stärken. Hierfür setzen wir an drei Aktionsfeldern an:

- Die Rentenstrukturreform 1999 wird den Rentenzuwachs und den Beitragsanstieg bremsen. Eine Rücknahme dieser Reform durch die Sozialdemokraten wäre für die Entwicklung der Sozialabgabenquote verhängnisvoll.

- Wir werden gerade junge Menschen ermutigen, frühzeitig für das Alter ergänzend privat oder betrieblich vorzusorgen. Hierzu wollen wir die erforderlichen finanziellen Anreize geben – bei direkten Steuern und Sozialabgaben. Das Nettoentlastungsvolumen der großen Steuerreform in Höhe von 30 Mrd. DM wird hierfür Spielräume schaffen. Neben der privaten werden wir daher die betriebliche Altersvorsorge stärken. Wir wollen die bereits bestehenden Formen der betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland um Fonds zur Altersvorsorge wie z. B. die international bewährten Pensionsfonds ergänzen. Zudem soll größtmögliche Flexibilität zwischen den einzelnen Formen der betrieblichen Altersvorsorge bestehen, damit jedes Unternehmen die für sich beste Form frei wählen kann. Neben das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung müssen künftig verstärkt kapitalgedeckte Vorsorgeleistungen treten.

- In der gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir die Vertragsfreiheit zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern erweitern, die Transparenz bei der Abrechnung von Leistungen verbessern und die Wahlmöglichkeiten der Versicherten noch mehr

erweitern. Jeder einzelne soll selbst entscheiden, in welchem Umfang er sich über den gesetzlichen Rahmen hinaus absichert.

Der Staat muß sich darauf beschränken, die notwendigen wettbewerblichen Rahmenbedingungen zwischen den Krankenkassen festzulegen und zu überwachen. Auch in Zukunft muß gewährleistet sein, daß jeder Kranke die notwendige medizinische Versorgung erhält, und zwar unabhängig von seinem Einkommen. Medizinisch nicht notwendige Extraleistungen müssen im Interesse der Beitragszahler, der Arbeitnehmer wie der Unternehmen privat abgesichert werden. So läßt sich ein weiterer Anstieg der Beitragslast und der Arbeitskosten verhindern. Damit wird der Wirtschaftsstandort Deutschland auch für ausländische Investoren wieder attraktiver.

### 3. Neuer Schwung am Arbeitsmarkt

Ein Blick in das Ausland zeigt: **Je flexibler der Arbeitsmarkt, desto niedriger die Arbeitslosigkeit.** Arbeit wird durch mehr Flexibilität billiger, ohne daß die Nettolöhne insgesamt sinken müssen. Nur so können wir mit unserem vergleichsweise hohen Lohnniveau mithalten. Wir wollen im internationalen Wettbewerb keine „Lohnspirale nach unten“, sondern einen Wettbewerb um die besten und kostengünstigsten Produkte und Ideen.

Alle Beteiligten bleiben deshalb gefordert, den Weg in neue Beschäftigung zu erleichtern, Beschäftigungshürden weiter abzubauen und die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen. In der Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfe haben wir die Weichen für mehr Beschäftigung gestellt. **Wir werden diese Reformen nicht zurücknehmen!**

- Jetzt kommt es darauf an, die bestehenden bzw. neu geschaffenen Spielräume zu nutzen. Anders als die SPD wollen wir bestehende Barrieren für Neueinstellungen und Regulierungen, die das Beschäftigungssystem inflexibel machen, weiter abbauen.
- Zugleich wollen wir stärkere Anreize schaffen, damit mehr Beschäftigte von subventionierten Arbeitsplätzen auf wettbewerbsfähige Arbeitsplätze wechseln. Die Aufnahme bezahlter Arbeit muß sich lohnen, nicht zuletzt für Empfänger von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe. Wir wollen insbesondere für Geringqualifizierte oder Menschen, die den Anschluß an den Arbeitsmarkt verloren haben, wieder neue Perspektiven für Beschäftigung und die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben eröffnen.
- Für Sozialhilfeempfänger ist die Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit bisher oft unattraktiv, weil das Arbeitseinkommen fast vollständig auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Wir wollen daher „**Kombi-Löhne**“ fördern, die niedrigere Einstiegstarife mit höheren Freibeträgen bei der Anrechnung auf die Sozialhilfe verbinden.

Bei der Höhe der „Einstiegslohne“ müssen auch die Tarifparteien umdenken. Niedrigere Einstiegslohne sind nicht unsozial, im Gegenteil: Sie geben denen eine Chance zur Beschäftigung, die bei gegebenem Lohnniveau keine Arbeit finden. Mit unserer großen Steuerreform, die den Eingangsteuersatz von 25,9 Prozent auf 15 Prozent senkt, wollen wir geringer bezahlte, einfache Tätigkeiten generell attraktiver machen. Gerade im Dienstleistungsbereich könnten so für weniger Qualifizierte mittelfristig Hunderttausende neuer Arbeitsplätze entstehen.

● Wir wollen zudem die Verbindung von Leistung und Gegenleistung wieder stärken. Die Kommunen sollen daher allen arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern eine Beschäftigung ggf. in Form gemeinnütziger Tätigkeit, anbieten. Sozialhilfeempfänger, die dieses Arbeitsangebot ablehnen, sollen ihren Anspruch auf volle Sozialhilfe verlieren. Dies ist nicht unsozial, da die Aufnahme einer Tätigkeit im Eigeninteresse der Sozialhilfeempfänger liegt. Sie behalten dadurch den Kontakt zur Arbeitswelt. Andere Länder wie Dänemark weisen uns hier den Weg.

● Bei staatlichen Leistungen – Subventionen, Steuervergünstigungen, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe – muß künftig mehr Transparenz geschaffen werden, um Mißbrauch zu verhindern. So zeigt die Praxis einiger Städte, daß sich der mißbräuchliche Bezug von Sozialhilfe am ehesten abbauen läßt, wenn er an Arbeit als Gegenleistung geknüpft ist.

**Wir brauchen eine neue Dynamik im Bereich von Niedriglohn und Teilzeitarbeit.** Daher muß bei dem Instrument der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse („620 DM/520 DM-Jobs“) der Mißbrauch bekämpft werden. Grundsätzlich wollen wir dieses Instrument aber erhalten, weil es einen unverzichtbaren Beitrag zur Flexibilität des Arbeitsmarktes leistet.

● Vorfahrt für Beschäftigung muß ebenso bei der Ausgestaltung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gelten. Bisher ist für die Arbeitslosenhilfe der Bund zuständig, für die Sozialhilfe die Kommunen. Dies führt dazu, daß Menschen ohne Arbeit Unterstützung nach unterschiedlichen Regeln und in unterschiedlicher Höhe erhalten, je nachdem, ob sie Arbeitslosen- oder Sozialhilfe empfangen. Wir wollen deshalb die Instrumente der Arbeitslosenhilfe an das Recht der Sozialhilfe anpassen. Zudem streben wir eine Konzentration der zusammengefaßten Leistungen von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bei den Kommunen an.

● Menschen ohne Arbeit haben ein Recht auf soziale Unterstützung. Aber sie haben auch die Pflicht, sich intensiv um einen neuen Arbeitsplatz zu bemühen. Berufliches Wissen veraltet schnell. Deshalb liegt es sowohl im Interesse des einzelnen wie der Gesellschaft, Arbeitslose so schnell wie möglich wieder in das Arbeitsleben zu integrieren. Wir wollen daher die im Zuge der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes neu eingeführten Beschäftigungselemente wie den Eingliederungsvertrag und Trainingsmaßnahmen verstärkt auch Sozialhilfeempfängern zugänglich machen.

## 4. Ein Bündnis für die Fleißigen

Vorrangige Verantwortung für die Beschäftigungsentwicklung tragen hierzulande die Tarifpartner, also Gewerkschaften und Arbeitgeber. Sie müssen, stärker noch als in der Vergangenheit, ihre große Verantwortung zur Standortsicherung Deutschlands und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wahrnehmen. Wir brauchen in Deutschland wieder ein Bündnis für die Fleißigen, die Leistungs- und Risikobereiten. Nur wer die Starken motiviert, kann auch den Schwachen helfen.

- Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist auch weiterhin eine **produktivitätsorientierte Lohnpolitik**: Der internationale Wettbewerb, verbunden mit der ständig weiter wachsenden Mobilität des Kapitals, läßt über den Produktivitätszuwachs hinausgehende Verteilungsspielräume nicht zu. Sie einzufordern, ginge letztlich zu Lasten der bestehenden Arbeitsplätze in Deutschland.

Bedingungen der einzelnen Unternehmen müssen stärker als bisher berücksichtigt werden. Jedes Unternehmen muß sich selbst im Wettbewerb bewähren und Höhe und Struktur seiner Kosten so gestalten können, daß es auf seinen relevanten Märkten konkurrenzfähig ist. Daher brauchen wir unterhalb der Ebene der branchen- und flächenbezogenen Tarifverträge noch mehr Spielraum für Tarifvereinbarungen, die den Belangen der einzelnen Unternehmen Rechnung tragen. Betriebsvereinbarungen müssen gestärkt werden.

Die Tarifparteien müssen daher stärker den regionalen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes, einer größeren Lohndifferenzierung und der beruflichen Qualifikation der Arbeitskräfte Rechnung tragen. Hierzu zählen insbesondere: Ausbau von befristeten Arbeitsverhältnissen, Einstiegstarife für Geringqualifizierte, ein stärker branchen- und regionalspezifisch orientiertes Tarifvertragssystem sowie ein massiver Ausbau der beruflichen Weiterbildungssysteme. Dabei müssen Qualifizierungstarifverträge zur arbeitsplatzbezogenen Aus- und Fortbildung künftig eine Schlüsselrolle einnehmen.

- Besonders zukunftsweisend sind leistungs- und ertragsorientierte Gehaltskomponenten. In sie fließt nicht nur der Erfolg des einzelnen Teams, sondern auch – in Form der Gewinnbeteiligung – der Erfolg des gesamten Unternehmens ein.

- **Eine Flexibilisierung in der Tarifpolitik muß auch für den Einstieg in die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand genutzt werden.** Wir wollen, daß sich die Arbeitnehmer unter Einhaltung des Freiwilligkeitsprinzips stärker am Unternehmenskapital beteiligen und das Produktivvermögen dadurch gleichmäßiger verteilt wird. Wir wollen in der Tradition Ludwig Erhards das Ziel einer Gesellschaft von Teilhabern anstreben. Dies fördert zudem die Identifikation der Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitsplatz und eröffnet neue tarifpolitische Spielräume.

Konkret bedeutet dies: Die Tarifparteien schließen insbesondere in krisenanfälligen Branchen längerfristige moderate Lohnabkommen bzw. Lohnstillhalteabkommen zur Standort-sicherung. Im Gegenzug räumen sie den Arbeitnehmern im Umfang des Barwertes der dadurch ersparten Lohnzahlungen Beteiligungsrechte an den Unternehmen ein. Aktiengesellschaften können Vorzugsaktien ausgeben, Kapitalgesellschaften können Eigenkapitalanteile zuweisen, Personengesellschaften können den Arbeitnehmern verzinsliche Forderungstitel übergeben. Die Vertragsparteien handeln die Höhe der äquivalenten Beteiligungsrechte aus und legen sie tarifvertraglich fest, genau so wie sie dies beim Lohn schon immer getan haben.

- Wir brauchen auch flexiblere Arbeitszeiten, damit Produktivitätsspielräume ausgeschöpft werden können. Schon heute arbeiten viele Menschen zu nach herkömmlichen Vorstellungen unüblichen Arbeitszeiten, im Schichtbetrieb oder an Wochenenden. Hier besteht aber noch ein erhebliches zusätzliches Arbeitsplatzpotential, das auch zu Lasten von Überstunden genutzt werden muß. Die Einführung von **Arbeitszeitkonten** – auch solchen, die auf die Lebenszeit ausgerichtet sind – muß selbstverständlich werden.
- Dies gilt insbesondere auch für das Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen. Hier haben wir im internationalen Vergleich noch deutlichen Nachholbedarf, und zwar sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst. Hier ist auf breiter Front die Umsetzung neuer Modelle gefordert. Dabei ist auch zu bedenken, daß höhere Motivation und geringere Fehlzeiten den Unternehmen Kostenvorteile von 2 bis 4 Prozent bringen.

## 5. Offensive für Existenzgründer und einen selbständigen Mittelstand: Die Kleinen schlagen die Großen

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Er zahlt 60 Prozent der Steuern und stellt 80 Prozent unserer Ausbildungsplätze. Der Mittelstand erwirtschaftet fast die Hälfte unseres Sozialprodukts und ist der Motor für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ein Existenzgründer schafft im Durchschnitt vier Arbeitsplätze.

- Gerade die kleinen und mittleren Betriebe sind auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen. Zum einen sind sie meist arbeitsintensiver als die kapitalintensiveren Großunternehmen und damit anfälliger für steigende Arbeitskosten. Zum anderen können sie auf ungünstige Rahmenbedingungen nicht so leicht mit Produktionsverlagerungen in das Ausland reagieren. Für viele Mittelständler wird daher die Durchsetzung unseres wirtschaftspolitischen Reformkurses, insbesondere der großen Steuerreform, zur Existenzfrage.

● **Deshalb werden wir die Förderung von Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen auf hohem Niveau fortsetzen.** Dafür stehen 1998 und 1999 bereits Finanzhilfen in Form von Darlehen des ERP-Sondervermögens in Höhe von 13 Mrd. DM zur Verfügung. Wir erwarten hiervon 30.000 neue betriebliche Existenzen mit mehr als 90.000 Arbeitsplätzen. Darüber hinaus werden wir über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Deutsche Ausgleichsbank, die Bundesanstalt für Arbeit sowie die Europäische Investitionsbank im Rahmen bewährter Förderstrukturen zusätzliche Mittel zur Stärkung des Mittelstandes einsetzen.

● Es geht darum, Existenzgründungen auf breiter Front zu ermöglichen und die bestehenden Betriebe zu stärken. Dazu muß das Förderangebot insgesamt vereinfacht und transparenter gestaltet werden.

● Wir werden die Rahmenbedingungen für privates Wagniskapital weiter verbessern. Für Existenzgründer und das Innovationsvermögen insbesondere mittelständischer Unternehmen ist ein leistungsfähiger privater Wagniskapitalmarkt von großer Bedeutung.

Durch das 3. Finanzmarktförderungsgesetz, das Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz sowie die Umsetzung der EG-Wertpapierdienstleistungs-Richtlinie haben wir die Möglichkeiten zur Kapitalaufnahme für deutsche Unternehmen bereits verbessert. Insbesondere durch das Programm „Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen“ ist in Deutschland ein leistungsfähiger Beteiligungsmarkt für Jung- und Kleinunternehmen entstanden. Hierdurch wird die erfreuliche Entwicklung an den Beteiligungsmärkten forciert, die durch das „Eigenkapital Forum Leipzig“ und den „Neuen Markt“ der Deutsche Börse AG starke Impulse erhalten hat.

Der deutsche Kapitalmarkt ist noch nicht ausreichend auf die Finanzierung junger Unternehmen eingerichtet. Die Abhängigkeit von Krediten ist zu hoch, die Eigenkapitalbasis zu schwach, was zu entsprechenden Finanzierungsrisiken führt. Wir werden daher die Voraussetzungen für Wagniskapital entscheidend verbessern, u. a.

- ▶ durch ein spezielles Börsensegment für junge, innovative Unternehmen,
- ▶ eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Märkte für Beteiligungskapital im vorbörslichen Bereich und beim Gang an die Börse,
- ▶ ein umfassendes Beratungs-/Unterstützungsangebot für Unternehmen in der Gründungsphase und
- ▶ den Aufbau von Informations- und Maklerbörsen für kapitalsuchende Unternehmen.

● **Wir brauchen eine neue Kultur der Selbständigkeit.** Bereits in der Ausbildung muß Selbständigkeit als erstrebenswertes Ziel vermittelt und die Ausbildung an Schulen und Hochschulen stärker darauf ausgerichtet werden, z. B. um durch die Förderung von Exi-

stanzgründerlehrstühlen und vorbildliche Ausbildungskonzepte das Gründen eines Betriebs zu lernen und junge Menschen zu ermutigen, sich selbständig zu machen.

- Wir werden Unternehmensgründungen leichter machen. Ansatzpunkte hierfür sind insbesondere
  - ▶ Information, Beratung und Genehmigungserteilung aus einer Hand, um unnötige Such- und Informationskosten zu vermeiden, wie dies bereits bei Handwerkskammern erfolgreich praktiziert wird.
  - ▶ Abbau überflüssiger Vorschriften und statistischer Meldepflichten sowie Zusammenfassung des komplexen Umweltrechts zu einem Umweltgesetzbuch, damit die Unternehmen sich auf ihre eigentlichen Tätigkeiten konzentrieren können.
- Wir wollen alle Chancen nutzen, die Innenstädte als Standorte für vielfältige, mittelständisch geprägte Einzelhandels- und Dienstleistungszentren wieder attraktiver zu machen. Dazu gehören beispielsweise ein verbessertes Angebot im öffentlichen Nahverkehr, ausreichende Parkmöglichkeiten und kundenfreundliche Einkaufszeiten.

## 6. Mehr Privatinitiative – weniger Staat: Die Flexiblen schlagen die Unflexiblen

Größere wirtschaftliche Dynamik führt zu mehr Arbeitsplätzen. Mehr private und weniger staatliche Betätigung beschleunigt die Wirtschaftsdynamik. Für uns gilt daher: weniger Staat = mehr Arbeitsplätze.

**Deshalb muß bis zum Jahr 2000 die Staatsquote wieder auf höchstens 46 Prozent** den vor der Wiedervereinigung erreichten Stand, **gesenkt werden**. 1997 konnte die Staatsquote dank unseres strikten Konsolidierungskurses erstmals seit 1992 mit 48,8 Prozent bereits wieder unter die 50-Prozent-Grenze gesenkt werden. Damit hat die Bevölkerung wieder größeren Entscheidungsspielraum über die Verwendung ihres Einkommens. Dies bedeutet mehr Eigenverantwortung und ermöglicht es zugleich, für öffentliche Dienstleistungen „echte“ Preise zu verlangen, Subventionen abzubauen und damit Wettbewerbsverzerrungen zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Leistungen zu vermeiden. Nur dann treten die wirklichen Präferenzen der Bürger zutage und können sich Unternehmen an der Nachfrage zuverlässig orientieren. Anders als SPD und Grüne, die immer neue Staatseingriffe fordern, sind wir überzeugt, daß Bürger und Unternehmen weniger Staat und mehr wirtschaftliche Freiheiten brauchen.

- Deshalb werden wir uns nicht davon abbringen lassen, durch weitere Marktöffnungen und Privatisierungen mehr Raum für unternehmerische Initiativen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Deshalb wollen wir weitere Unternehmen und Beteiligungen in Bundesbesitz privatisieren, z. B. im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich, Aufgaben an effizientere private Dienstleister übertragen und private Träger stärker an Finanzierung und Betrieb von Infrastrukturmaßnahmen beteiligen (Public-Private Partnership). Durch alle diese Maßnahmen können Kosten eingespart, Bürger und Unternehmen entlastet werden, ohne Leistungsangebote zu verschlechtern. Deshalb fordern wir auch Länder und Kommunen auf, unserem Beispiel zu folgen, denn dort liegen die größten Potentiale.
- **Deshalb werden wir weitere regulierte Märkte öffnen**, z. B. im Post-, Verkehrs- und Energiebereich. Die Öffnung des Telekommunikationsbereichs zum Jahresende hat eindrucksvoll gezeigt, daß eine größere Zahl von Anbietern auch neue Arbeitsplätze schaffen und die Menschen in Deutschland jetzt auch viel billiger telefonieren können.
- Deshalb – und auch zur Konsolidierung der Staatsfinanzen – werden wir Subventionen, wo immer möglich, abbauen. Wir können es uns nicht mehr leisten, mit Steuergeldern überholte Strukturen künstlich am Leben zu erhalten. Die eingesparten Finanzmittel müssen wir in Zukunftsaufgaben investieren, z. B. im Bildungs- und Forschungsbereich.
- Deshalb wollen wir auch innerhalb des staatlichen Bereichs eine klare Zuordnung von Aufgaben und Verantwortung. Die Länder und Kommunen kennen die Bedürfnisse der Bürger vor Ort oft viel besser als der Bund und die EU. Deshalb müssen die Kompetenzen der unteren Einheiten gestärkt und muß ihnen mehr Verantwortung übertragen werden. Ein gemeinsames Wahrnehmen von Aufgaben durch Bund und Länder etwa in der Strukturpolitik und beim Hochschulbau hat sich nicht immer als die beste Lösung erwiesen. Zu unterschiedlich sind oft die Interessen der Beteiligten, zu langwierig die Entscheidungsprozesse, zu groß die Reibungsverluste.

Für einen funktionierenden Föderalismus brauchen wir Kompetenzen, Verantwortung und Finanzierung in einer Hand. Deshalb sollen die einzelnen Ebenen mehr Eigenverantwortung für die Einnahmen- und Ausgabengestaltung erhalten. Hierzu sind Mischfinanzierungen schrittweise abzubauen und ist den Ländern und Gemeinden mehr Steuerautonomie einzuräumen.

Daher müssen wir die Zielgenauigkeit sozialer Leistungen erhöhen. Soziale Leistungen kommen nicht immer den wirklich Bedürftigen zugute. Bei höherer Zielgenauigkeit können unnötige Kosten gespart und die Bedürftigen besser unterstützt werden. Deshalb wollen wir zum Beispiel, daß staatliche Finanzmittel in der Wohnungspolitik nur jenen Menschen zugute kommen, die wirtschaftlich nicht in der Lage sind, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Reform des sozialen Wohnungsbaus soll entsprechend fortgeführt werden, um insbesondere jungen Familien und Einkommensschwachen noch stärker zu helfen.

## 7. Fit für die Wissens- und Informationsgesellschaft: Die Mutigen schlagen die Zögerlichen

Angetrieben durch neue Informationstechnologien entwickelt sich die Industriegesellschaft immer mehr zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. In der Wissensgesellschaft ist Bildung das höchste Gut. Ein exzellentes Bildungssystem ist künftig noch stärker die Grundlage für Arbeitsplätze und Wohlstand. Wir wollen deshalb ein Bildungssystem, das international zur Spitzengruppe zählt.

Unser Wissen veraltet schneller denn je, denn moderne Informations- und Kommunikationstechnologien sorgen für eine rasante Verbreitung allen neuen Wissens und setzen die Meßlatte für echte Neuheiten immer höher. Daher müssen wir mit einer konsequenten Innovationspolitik und einer **modernen, wettbewerbsorientierten Bildungs- und Hochschulpolitik** für gute Bedingungen sorgen, damit ständig neues Wissen nachwachsen kann.

● Wir werden die Bedingungen dafür schaffen, daß neue Beschäftigungsfelder erschlossen und die Ausbildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen – in den Berufsschulen und Unternehmen, an den Hoch- und Fachhochschulen – hierauf ausgerichtet werden:

- ▶ Das Abitur in 12 Jahren, der Studienabschluß in der Regelstudienzeit müssen in Deutschland die Norm werden.
- ▶ Im Bereich des bewährten Dualen Ausbildungssystems setzen wir auf dynamische und gestaltungsoffene Ausbildungsordnungen, neue differenzierte Ausbildungsangebote für Leistungsstärkere und -schwächere, auf eine beschleunigte Modernisierung der Berufe, moderne Rahmenbedingungen für die Weiterbildung, mehr Mobilität in Europa durch transparente Qualifikationen sowie auf die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung.

Eine Ausbildungsabgabe, wie sie von der SPD für Unternehmen gefordert wird, die keine Lehrstellen anbieten, halten wir für einen Irrweg. Ein Freikaufen von der Verantwortung, Jugendlichen eine Chance am Arbeitsmarkt zu geben, lehnen wir ab. Die positiven Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß wir im Rahmen einer gemeinsamen Anstrengung mit allen Beteiligten das Ziel erreichen. Wir wollen die Unternehmen nicht mit zusätzlichen Kosten belasten und dadurch Arbeitsplätze gefährden. Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern, damit sich Ausbildung auch für die Unternehmen lohnt.

Im gesamten Bildungswesen, insbesondere im Hochschulbereich brauchen wir mehr Vielfalt und Wettbewerb. Studierende sollen sich künftig bei der Hochschule ihrer Wahl frei bewerben können, umgekehrt auch die Hochschulen sich ihre Studierenden selbst auswählen können. Ein „planwirtschaftliches Zuweisen“ von Studienanfängern über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist nicht mehr zeitgemäß.

- Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz haben wir den Grundstein für die Universität des 21. Jahrhunderts gelegt. Unsere Universitäten müssen auch für ausländische Studenten wieder attraktiv werden. Nur 10 Japaner studierten im Herbst 1997 an allen ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten Baden-Württembergs!

- **Die Hochschulen benötigen mehr Kompetenzen und mehr Verantwortung**, um die Ausbildung der Studierenden zu verbessern. Leistung in Forschung und Lehre muß künftig mehr Einfluß auf die Verteilung der Finanzmittel an die Hochschulen und die Bezahlung der Professoren haben.

Darüber hinaus brauchen wir eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen. Wir wollen verstärkt private Träger einbeziehen. Deshalb soll das Stiftungsrecht so reformiert werden, daß ein verstärktes Engagement von Unternehmen und Privatpersonen in der Bildungsförderung allgemein attraktiver wird.

- Vor allem junge Menschen müssen frühzeitig an neue Entwicklungen herangeführt werden, denn um so eher wächst ihr Verständnis und ihre Begeisterung für Innovationen. Es entsteht ein innovationsfreundliches Umfeld, das bei Unternehmensgründern die Risikobereitschaft fördert und den Standort Deutschland insgesamt für innovative Investitionen attraktiv macht.

Hier können wir von den USA viel lernen. Absolventen und auch Professoren des amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) haben bislang 4.000 Unternehmen mit mehr als 1,1 Millionen Beschäftigten gegründet. Jährlich kommen rd. 150 neue Unternehmen hinzu. Wären diese Unternehmen eine Volkswirtschaft, stünden sie mit ihrer Wirtschaftskraft weltweit an 24. Stelle. Die amerikanischen Unternehmen sind wissensbasiert, technologieorientiert, forschungsintensiv und haben hohe Exportumsätze. Solche Entwicklungen wollen wir auch in Deutschland fördern.

## 8. Neue Technologien: Die Beweglichen schlagen die Unbeweglichen

Gerade in neuen Technologiefeldern haben junge Unternehmen die Chance, sich mit Innovationen von etablierten Unternehmen abzuheben und Anschluß an die Marktentwicklung zu gewinnen. Hier liegt in den nächsten Jahren ein erhebliches Arbeitsplatzpotential.

- Die Zukunft gehört neuen Berufsfeldern der Bio- und Umwelttechnologie, Gentechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Mikroelektronik. Hier werden in den kommenden Jahren Hunderttausende von Arbeitsplätzen entstehen. Allein der konsequente Ausbau des Multimediasektors sichert langfristig 1,2 Millionen Arbeitsplätze, und 200.000 neue Stellen könnten entstehen.

Dies gilt insbesondere auch für Dienstleistungsbereiche im Umfeld von High Tech-Unternehmen. Zukunftstechnologien bedürfen heute viel stärker der Dienstleistungen als früher. Aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der traditionellen Industrien wie Automobilbau und Maschinenbau hängt mittlerweile wesentlich vom Service ab. Design, Finanzierung, Wartung, Planung oder Marketing sind Schlüsselfaktoren im globalen Wettbewerb.

Gewaltige Zukunftsperspektiven eröffnet auch die **Umwelttechnologie**. Wir nehmen in der Umwelttechnik weltweit eine Spitzenposition ein. Bereits heute sind in diesem dynamischen Markt in Deutschland mehr als 950.000 Menschen beschäftigt. Die OECD schätzt das globale Marktvolumen für moderne Umwelttechnologien bis zum Jahr 2000 auf rd. 450 Mrd. DM. Innovative Umwelttechnik schafft neue Arbeitsplätze. Wir wollen daher auch im Umweltbereich die Leistungsfähigkeit und Dynamik der Sozialen Marktwirtschaft voll zur Geltung kommen lassen. Im Vordergrund steht für uns dabei ein auf Vermeidung von Umweltbelastung ausgerichteter technischer Fortschritt. Mit ökologischen High Tech-Produkten wie dem „Null-Emissions-Fahrzeug“ wollen wir im nächsten Jahrzehnt wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland und gleichzeitig unseren Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten.

Wir werden aber auch die Bedingungen dafür verbessern, daß Arbeitsplätze im klassischen Dienstleistungsbereich für Arbeitskräfte attraktiv und für potentielle Nachfrager bezahlbar werden. Dies gilt insbesondere für den Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch für haushaltsbezogene Serviceleistungen.

Wir werden weiterhin alles tun, um innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Beispiel des erfolgreichen „BioRegio“-Wettbewerbs zeigt in der Biotechnologie, wie wichtig neben den allgemeinen Standortbedingungen wie Steuer- und Lohnpolitik ein

für Innovationen aufgeschlossenes Klima für die Ansiedlung von Unternehmen aus Zukunftsbranchen ist.

Deshalb werden wir auch künftig der Luft- und Raumfahrtindustrie als Schlüsseltechnologie im globalen Wettbewerb einen hohen Stellenwert einräumen. Anders als die Grünen wollen wir die europäische Luft- und Raumfahrtindustrie zu einer leistungsstarken und international wettbewerbsfähigen Einheit zusammenführen. Nur im europäischen Zusammenwirken können deutsche Arbeitsplätze in der Luft- und Raumfahrtindustrie gesichert und neu geschaffen werden.

- Wir stehen zum Transrapid als Zukunftstechnologie. Bau und Betrieb schaffen bzw. sichern Tausende von Arbeitsplätzen. Der Transrapid knüpft als deutsches High-Tech-Produkt nicht nur im Bewußtsein des Großteils der deutschen Bevölkerung, sondern auch im internationalen Urteil an die Tradition deutscher Spitzentechnologie an. Für die Exportfähigkeit dieser deutschen Spitzentechnologie ist es von entscheidender Bedeutung, daß wir den Transrapid auch im eigenen Land zum Einsatz bringen und nicht nur davon reden.

## 9. Gemeinsam für den Aufschwung Ost: Wer wagt, gewinnt

Der Aufbau einer modernen Wirtschaft in den neuen Bundesländern hat seit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 erhebliche Fortschritte gemacht. Mit einer Produktionssteigerung von rd. 9 Prozent entwickelte sich das verarbeitende Gewerbe zum Wachstumsmotor für die ostdeutsche Wirtschaft. Gleichwohl erfordert der immer noch schwierige strukturelle Anpassungsprozeß weiterhin nachhaltige Unterstützung durch alle Beteiligten, damit sich ein stabiler Wachstumsprozeß für die gesamte ostdeutsche Wirtschaft entwickeln kann.

Seit dem Sommer 1990 haben wir in den neuen Ländern z. B. rd. 76 Mrd. DM in die Verkehrswege investiert. Dies sind rd. 43 Prozent aller Verkehrswegeinvestitionen in Deutschland in diesem Zeitraum. Die Telekom hat in den neuen Ländern im Zeitraum 1991 bis 1997 ein Investitionsvolumen von ca. 50 Mrd. DM verwirklicht.

**Auf diesem Weg gehen wir weiter. So schaffen wir bis zum Jahr 2005 in den neuen Ländern die modernste Infrastruktur in Europa!**

Arbeitslosigkeit bekämpfen und neue Arbeitsplätze schaffen, bleibt gerade in den neuen Bundesländern oberste politische Aufgabe. Wir stehen zu unserer Verpflichtung für den

Aufbau Ost. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit behalten Priorität. Maßnahmen im Städte- und Wohnungsbau, in der Wohnraummodernisierung und im Umweltschutz sorgen ebenfalls für einen hohen Investitionsanteil im Bundeshaushalt. Die verschiedenen Förderprogramme der einzelnen Gebietskörperschaften sollen weiter konzentriert und noch besser aufeinander abgestimmt werden.

Der Aufbau Ost ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle müssen dazu beitragen, damit sich das Klima für neue Arbeitsplätze verbessert. Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften haben sich am 22. Mai 1997 auf eine „Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ verständigt. Die Tarifpartner haben sich verpflichtet, Tarifabschlüsse am Beschäftigungszuwachs und an der Leistungskraft der Betriebe zu orientieren. Industrie und Handel haben sich verbindliche Vorgaben gesetzt, um z. B. ihre Einkäufe aus den neuen Ländern zu erhöhen, Investitionen dort zu steigern und Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in die neuen Länder zu verlegen. Ebenso werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weiter helfen, Arbeitslosigkeit zu senken und Arbeitslosen den erneuten Zugang in eine Beschäftigung zu erleichtern.

Wir werden die Unterstützung des Bundes für den Aufbau Ost auch in Zukunft auf hohem Niveau fortsetzen. Das Förderkonzept Ost für den Zeitraum 1999 bis 2004 ist unter Dach und Fach. Damit haben Investoren Planungssicherheit für die nächsten sieben Jahre. Die Fördermaßnahmen werden besonders auf die Industrie konzentriert, um in diesem Bereich den Aufbau wettbewerbsfähiger Strukturen und Arbeitsplätze weiter zu beschleunigen.

Das Fundament für eine gute Zukunft der neuen Bundesländer ist gelegt. Jetzt gilt es, auf dem Erreichten aufzubauen und die gemeinsamen Anstrengungen für den Aufschwung Ost engagiert fortzusetzen.